Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. November 2008 — 118. Jahrgang Nr. 31.696

Mexiko als Alliierter

Präsident Felipe Calderón auf Staatsbesuch

Buenos Aires (AT/RTA) - Zu Beginn der Woche empfing Präsidentin Cristina Kirchner ihren mexikanischen Amtskollegen Felipe Calderón, der vorher an der Konferenz der Pazifik-Staaten (APEC) in Lima, Peru, teilgenommen hatte. Calderón ist der zweite mexikanische Präsident in Folge, der der Partei "Acción Nacional" (PAN) angehört. Sein Vorgänger Vicente Fox hatte die 71-jährige Beherrschung Mexikos durch die linksnationalistische Partei (PRI) abgelöst. PAN siedelt sich rechts von der Mitte an.

Gutes Klima - Cristina und Calderón vor dem Siqueiros-Fresco.

Am Montagvormittag empfing die Präsidentin ihren Gast. Sie unterzeichneten mehrere bilaterale Verträge zur Förderung des Handels und zur Bekämpfung der Drogen. Der Warenverkehr zwischen beiden Ländern hat sich letzthin erfreulich entwickelt, wobei Argentinien 2007 einen Überschuss erzielte und im ersten Halbjahr 2008 mit einem Defizit vorlieb nehmen musste. Die Präsidentin bezog sich auf die internationale Finanzkrise, die anderenorts entstanden sei und die jetzt alle Schwellenländern betreffe. "Unsere Gesellschaften müssen leiden, weil andere Fehler begangen haben", sagte Cristina Kirchner.

Nach einem Mittagessen zu Ehren des Staatsgastes im San Martín Palast mit zahlreichen Unternehmern beider Länder zeigte die Präsidentin ihrem Gast die restaurierte Wandmalerei des mexikanischen Künstlers David Alfaro Siqueiros. Sie befindet sich in einer Halle hinter dem Regierungspalast, nachdem sie vom mexikanischen Künstler Manuel Serrano restauriert worden ist. Die Wandmalerei, genannt "Ejercicio Plástico" war 1933 in der Sommerresidenz des damaligen Herausgebers der Zeitung "Crítica" Natalio Botana entstanden. Sie wird derzeit auf 1,5 Millionen Dollar bewertet.

Schaumschlägerei um Cobos

Verhältnis zwischen der Präsidentin und ihrem Vize weiter angespannt

Buenos Aires (AT/RTA) - Seit dem 17. Juli sind die Beziehungen zwischen der Kirchner-Regierung und dem Vizepräsidenten Julio Cobos denkbar gespannt. Damals versetzte Cobos der Regierung eine Niederlage mit seiner Stimme, die das Pattvotum im Senat gegen den Ministerialbeschluss 125 über die Erhöhung der Exportabgaben für Agrarprodukte entschied. Cobos war Parteiradikaler (UCR), wurde aber von der Parteiführung ausgestoßen, nachdem er das Angebot annahm, als Kandidat für die Vizepräsidentschaft die damalige Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner zu begleiten. Seit der Abstimmung ist das Verhältnis zwischen Cobos und der Regierung zerrüttet. Die Präsidentin hat ihn nur einmal empfangen, um ihn zu rügen. Néstor Kirchner erzählte in der Vorwoche auf einer Veranstaltung, dass ihm seine Gattin morgens vorhält, welchen Vizepräsidenten er ihr beschert habe.

Während der zehntägigen Auslandsreise der Präsidentin amtierte Cobos zeitweilig auch im Regierungspalast. Allerdings weigerte er sich, dem Gesuch des Deputierten Federico Pinedo zu entsprechen, und gegen das in der Vorwoche vom Senat verabschiedete Gesetz über die Rückverstaatlichung privater Pensionskassen sein Veto einzulegen. Präsidentin Kirchner hatte vorsorglicherweise den Senatsvorsitzenden gebeten, den Gesetzestext nicht der Exekutive vor ihrer Rückreise zu übermitteln, welche Vorsichtsmaßnahme sich als überflüssig erwies.

Die Regierung würde sich freuen, wenn Cobos freiwillig zurückträte, welchen Gefallen ihr der Vizepräsident freilich nicht bereit ist zu tun. Allenfalls regen Mitarbeiter von Cobos an, mittels einer Volksbefragung, wie sie die Verfassung vorsieht, festzustellen, ob das Wahlvolk ihn unterstützt oder ablehnt. Nur wenn letzteres einträte, würde Cobos demissionieren. Innenminister Florencio Randazzo lehnte die Variante als absurd ab, derweil Cobos sich mit allerlei Oppositionellen trifft und sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, wie die Umfragen bestätigen. In seiner früheren Partei UCR wächst die Bereitschaft, ihm den Ausrutscher zu verzeihen und die Rückkehr seiner neuen Partei, genannt Föderaler Konsens, zur Stammpartei zu erleichtern, die einer möglichen Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2011 die Tore öffnen könnte.

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Im Zweifel für die Arbeitnehmer

Kongress verabschiedet neue Richtlinie für arbeitsrechtliche Prozesse

Buenos Aires (AT/RTA) - Der Senat hat am Mittwoch ein Gesetz verabschiedet, das bei Gerichtsurteilen den Richtern vorschreibt, im Zweifelsfall bei der Anwendung gesetzlicher Vorschriften und der Auslegung von Verträgen zugunsten der Arbeitnehmer zu entscheiden. Hierfür müssen die Normen berücksichtigt werden, die in jedem Fall das Arbeitsrecht bestimmen. Das neue Gesetz verändert den Paragraphen 9 des Gesetzes Nr. 20.744 über Arbeitsverträge.

Bisher hatte die Exekutive dafür gesorgt, dass solche Vorstöße zur Veränderung des Arbeitsrechts im Kongress nicht behandelt werden würden, womit sie als Projekte nach zwei Jahren erloschen und allenfalls neu eingebracht werden mussten. In diesem Fall hatte die Deputiertenkammer die Vorlage gutgeheißen. Im Senat lieferten die Deputierten der Radikalen (UCR) den nötigen Beistand, damit das Projekt der Deputiertenkammer gebilligt wurde. Ob die Exekutive gegen das neue Gesetz ein Veto einlegt, bleibt abzuwarten. Im Fall eines Vetos bedarf es der Zweidrittelmehrheit beider Kammern, damit es ohne die Zustimmung der Exekutive Gesetzeskraft erhält.

Das Projekt war in der Deputiertenkammer vom Abgeordneten der Regierungspartei Héctor Recalde eingebracht worden, der enger Mitarbeiter des CGT-Generalsekretärs Hugo Moyano für arbeitsrechtliche Fragen ist und als sein Sprecher im Unterhaus fungiert. Das neue Gesetz ohne Veto bestätigt die übliche Rechtssprechung der Arbeitsgerichte, die in den meisten Arbeitskonflikten im Zweifelsfall zugunsten der Arbeitnehmer zu entscheiden pflegen. Künftig müssen sie laut Gesetz immer so handeln und haben keinen Ausweg. Jeder Gerichtsfall ist konfliktiv und kann als Zweifelsfall ausgelegt werden, so dass alle Ansprüche der Arbeitnehmer sich auf den Zweifel stützen und die Zustimmung der Richter beanspruchen können.

WOCHENÜBERSICHT

Gegen die Pressefreiheit

Einige hundert Aktivisten der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, geleitet von Pablo Moyano, Sohn des CGT-Generalsekretärs Hugo Moyano, veranstalteten am Dienstag Kundgebungen vor den Druckereien der Tageszeitungen "La Nación" und Clarín" im Viertel Barracas. Sie forderten, dass die Lastwagenfahrer der Zeitungsverteiler, die unabhängige Unternehmen sind, der eigenen Gewerkschaft einverleibt werden, wie sie es letzthin mehrmals mit anderen Unternehmen getan hatten, um die Fahrer ihrer Lieferanten in der Gewerkschaft einzuverleiben. Diese Art von Gewalt verletzt die Pressefreiheit, weil die Zeitungen nicht zu den Kiosken transportiert werden können und die Leser nicht erreichen. Innenminister Florencio Randazzo intervenierte, so dass der Konflikt zur Schlichtung dem Arbeitsministerium unterstellt wurde.

Spitzenreiter Argentinien

Laut einer Studie der Unesco, die auf einer Konferenz in Genf in der vergangenen Woche vorgestellt wurde, ist Argentinien Spitzenreiter in Lateinamerika mit 64 Prozent der Abiturienten, die ein Hochschulstudium beginnen. Im Jahr 1999 wies die gleiche Statistik nur 49 Prozent aus. 76 Prozent der Frauen und 52 der Männer beginnen ein Hochschulstudium sei es auf Universitäten oder auf technischen Lehranstalten. Der lateinamerikanische Durchschnitt beschränkt sich derzeit auf nur 31 Prozent. Brasilien wird mit 25 Prozent, Chile mit 47 Prozent, Mexiko mit 26 Prozent und Uruguay mit 46 Prozent ausgewiesen. Der besonders hohe Anteil der argentinischen Abiturienten, die ein Hochschulstudium beginnen, ist eine Folge der steigenden Anzahl an Schülern, die Mittelschulen besuchen. Indessen ist keinesfalls alles eitel Wonne im Hochschulstudium: bescheidene 20 Prozent der Hochschulstudenten beenden ihre Studien, das heißt vier von fünf bleiben auf der Strecke.

Zum Schutz der Frauen

Der Senat hat am Mittwoch zwei Gesetzesprojekte verabschiedet, die der Deputiertenkammer jetzt vorliegen, um Frauen gegen Gewalt zu schützen. Ein Projekt schafft ein nationales Register zur Identifizierung von Sexualgewalttätern. Die darin hundert Jahre lang aufbewahrten Beweismittel beruhen auf bei Gewaltverbrechen sichergestellten genetischen Proben. Diese Daten stehen nur Staatsanwälten zur Verfügung. Das zweite Gesetzesprojekt bezieht sich auf Gewalttaten gegen Frauen und übernimmt die Vorschriften der Konvention von Belem do Pará der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA). Die Gewalt wird nicht nur als physische und psychische, sondern auch als symbolische und medienwirksame Gewalt beschrieben.

Bischöfe bei Cristina

Präsidentin Cristina Kirchner empfing am Donnerstag die Erzbischöfe Jorge Bergoglio, Luis Villalba (Tucumán) und José María Arancedo (Santa Fe) sowie den Sekretär der Bischofskonferenz Enrique Seguí Eguía. Die Minister des Inneren Florencio Randazzo und des Äußeren Jorge Taina waren mit dem Kultussekretär Guillermo Olivieri dabei. Anlass der Audienz war die neue Besetzung der Bischofskonferenz, deren Vorsitz der Erzbischof von Buenos Aires, Jorge Bergoglio innehat. Die Präsidentin gelobte, an der Messe in der Kathedrale von Luján am 22. Dezember teilzunehmen, mit der die Schlichtung des Vatikans im Streit zwischen Argentinien und Chile vor 30 Jahren gedacht werden wird. Während der Audienz wurden Gedanken über die derzeitige Wirtschaftskrise in der Welt ausgetauscht. Erzbischof Bergoglio bedankte sich bei der Präsidentin für ihren Einsatz in der Bekämpfung der Drogen.

Wahlen in Santiago del Estero

Morgen werden der Gouverneur und die Abgeordneten der Provinzlegislative in Santiago del Estero gewählt werden. Der jetzige Gouverneur Gerardo Zamora zählt als UCR-Radikaler der Sorte K zu den Alliierten der Nationalregierung. Präsidentin Cristina Kirchner sollte bei der Abschlusswahlversammlung dabei sein, verzichtete aber infolge der Hitzewelle auf die Flugreise und beschränkte sich auf eine Videoübertragung. Die Justizialistische Partei ist interveniert und hat auf einen Gouverneurskandidaten verzichtet, stellt aber eigene Kandidaten für das Parlament auf. Zamora gilt als Favorit mit der Unterstützung beider Volksparteien UCR und PJ.

37 Tiefgaragen

Das Stadtparlament von Buenos Aires hat zwei Gesetzesprojekte verabschiedet, durch die die Exekutive ermächtigt wird, 37 Tiefgaragen auszuschreiben, die von privaten Konzessionären finanziert, ausgehoben und eingerichtet werden. Die Konzessionen laufen zwanzig Jahre lang. Nachher übernimmt die Stadtregierung die Parkplätze. Ein Projekt bezieht sich auf Tiefgaragen für Anwohner, die im Umkreis von 400 Metern wohnen, und das andere auf Parkplätze in Randbezirken, damit Autofahrer aus den Vororten dort parken und dann mit Omnibussen, Eisen- und Untergrundbahnen weiter fahren. Die Projekte müssen noch in öffentlichen Audienzen diskutiert werden, ehe sie von der Stadtlegislative ratifiziert und von der Exekutive verkündet werden.

(AT/RTA)

Unlösbare Villa 31

Buenos Aires (AT/RTA) - Für vergangenen Dienstag hatten die Aktivisten der Notstandssiedlung Villa 31 im Viertel Retiro ganze 14 Kundgebungen mit der Sperre der Ausfallautobahn Illia, die an die Siedlung angrenzt, angekündigt. Diese Kundgebungen mit Straßensperren hätten den Verkehr in der Nordzone der Stadt Buenos Aires weitgehend lahmgelegt, wie es in der Vorwoche geschah, als eine Kundgebung die Autobahn Illia neun Stunden lang sperrte. Der Verkehr musste dadurch umgelenkt werden und verstopfte alle alternativen Straßen.

Die Aktivisten der Siedlung fordern eine Lösung ihrer Wohnungsprobleme, darunter auch die Lieferung von Strom, Gas und anderen öffentlichen Diensten wie ein Hospital. Die Stadtregierung moniert die neuen Hochbauten mit mehreren Stockwerken, die in der Siedlung errichtet werden, ohne dass Sorge getragen wird, dass sie nicht zusammenbrechen. Angeblich leben rund 70.000 Menschen in der Siedlung. Das Bauland gehört der Nationalregierung als früheren Besitz verstaatlichter Eisenbahnen. Eine Regelung zwischen National- und Stadtregierung konnte mangels Dialog nicht erreicht werden. Die Kundgebungen wurden schließlich am Montag eingestellt, nachdem Kabinettschef Horacio Rodríguez Larreta einige Sprecher der Siedlung mit anderen Beamten empfing, ohne dass die gewünschten Lösungen vereinbart worden wären. Bis zum nächsten Mal.

Heterodox, Keynesianer und Peronist

In einer seiner seltenen Äußerungen über den ideologischen Standort der Regierungspolitik erklär-te Expräsident Néstor Kirchner in der Vorwoche anlässlich seiner Unterstützung der Wiederwahl des CGT-Generalsekretärs Hugo Moyano als Leiter der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, kurz und klar, er sei heterodox, Keynesianer und Peronist. Diese drei Merkmale kennzeichnen in Kirchners Sicht die Regierungspolitik seit Mai 2003.

Mit heterodox stellt sich Kirchner gegen eine angeblich orthodoxe Politik, die offenbar die Wirtschaftspolitik definiert. Allgemein wird eine orthodoxe Wirtschaftspolitik im Sinne des Haushaltsausgleichs und des Überschusses in der Handelsbilanz umschrieben. Beide Merkmale passen mit Abweichungen auf Kirchners Wirtschaftspolitik, so dass sie näher bei der Orthodoxie liegen. Der Haushalt ist zwar nicht ausgeglichen, weil die Schulden der öffentlichen Hand dauernd zunehmen, aber immerhin zeichnet er sich durch den sogenannten Primärüberschuss aus, mit dem Zinsen und ein Teil der Tilgungen bedient werden. Die Handelsbilanz schließt durchweg mit Überschüssen ab dank hoher Ernten zu günstigen Weltmarktpreisen. Die hohen Ernten werden freilich nicht als Folge einer agrarfreundlichen Politik eingefahren, sondern im Gegenteil trotz der deutlich agrarfeindlichen Politik. Das heterodoxe Element dürfte gerade in dieser agrarfeindlichen Politik zu finden sein, das den Landwirten zu schaffen macht, wenn Exporte gedrosselt, Subventionen statt Marktpreise bezahlt werden und die Infrastruktur nur mangelhaft erweitert wird.

John Maynard Keynes revolutionierte bekanntlich die Nationalökonomie in den dreißiger Jahren, als er zur Bekämpfung der obwaltenden Depression eine vorübergehende Staatsverschuldung empfahl, die die schwache Nachfrage anheizen sollte, auch wenn dabei unnütze Staatsinvestitionen für mehr Beschäftigung sorgen. Sicherlich würde sich Keynes im Grabe umdrehen, wenn er Stellung gegen die Behauptung nehmen könnte, dass die Kirchner-Politik sich auf ihn als Inspirator bezieht. Keynes hat niemals Exportdrosselungen der absatzfähigsten Produkte empfohlen, auch keine Verstaatlichungen, die die allgemeine Produktivität senken, und noch weniger die Importabschottung, wie sie die Kirchner-Regierung praktiziert. Eine nach innen gerichtete Politik, die Auslandsinvestitionen verscheucht und den Zugang zu Auslandsfinanzierung kraft Default verhindert, gehört keinesfalls zum Rüstzeug keynesianischer Politik.

Dass sich Néstor Kirchner plötzlich als waschechter Peronist darstellt, nimmt Wunder, nachdem er die Justizialistische Partei während seiner Regierung zum Dornröschenschlaf verurteilte und sie erst nachher erweckte, damit er selber zum Parteivorsitzenden ernannt wurde. Seine Parteipolitik beruhte auf Allianzen mit anderen Parteien oder neuen Gruppen, die inzwischen als K bekannt geworden sind wie die Radikalen und Sozialisten K und sogenannte Transversale.

Allerdings hat Kirchners Politik deutliche frühperonistische Züge, darunter ein halbes Dutzend Rückverstaatlichungen, die Abschottung vom Ausland und die Stütze der monopolistischen Gewerkschaftszentrale. Anders als unter Perón von 1946 bis 1949, übt sich Kirchner nicht in uferlosen Geldschöpfungen der Zentralbank, die damals die Inflation schürten. Kirchners Inflation ist jedoch wie die Peróns hausgemacht mit massiven Lohnzulagen, die auf die Preise abfärben, wobei die Abschottung vom Ausland sich auf Zölle und wenige Importverbote beschränkt, welch letztere damals die argentinische Wirtschaft abriegelte. Kirchner ist als Politiker mitnichten ein Massenzauberer wie einst Perón es war, kann sich mit letzterem als Redner überhaupt nicht messen und kommt bei den Menschen auch nicht so an wie sein Vorgänger, Parteigründer der Justizialisten. Immerhin unterscheidet sich Kirchner von Perón, weil er ungleich mehr Pressefreiheit zulässt. Perón pflegte die Presse zu knebeln und kontrollierte sie weitgehend mit eigenen Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen. Auch Präsidentin Cristina Kirchner kann sich als Gattin keinesfalls mit Eva Perón messen, die als Volksrednerin echter wirkte als die Präsidentin mit ihren ausgeklügelten Formulierungen und langen Sätzen mit Nebensätzen.

Mit orthodox, Keynesianer und Peronist zielt Néstor Kirchner auf die peronistischen Wähler, die im Oktober 2009 die Hälfte der Landesparlamente erneuern und die Machtposition der Kirchners entweder bestätigen oder erschüttern werden, je nachdem welche Kandidaten siegen. Ob das allgemeine Wahlvolk allerdings versteht, was mit orthodox und Keynesianer gemeint ist, sei dahin gestellt. Was ein Peronist ist, wissen die Wähler, auch wenn sie neuerdings zwischen mehreren Peronisten entscheiden müssen, anders als früher, wo es nur einen Typus gab, der von Juan Domingo Perón beherrscht wurde.

Randglossen

Feinde der Pressefreiheit sind al-lerorts die Mächtigen, meist die Regierungen, aber auch Mafiosi, andere Verbrecher und neuerdings in Argentinien Gewerkschafter. Mit ihrer üblichen Gewaltmethode, unabhängige Unternehmer mit einem Lastwagenboykott und wilden Aktivisten vor ihren Toren zu bedrängen, damit sich die Lastwagenfahrer ihrer Lieferanten der eigenen Gewerkschaft anschließen und deren Kasse bereichern, hat die Lastwagengewerkschaft von CGT-Chef Hugo Moyano die beiden größten Zeitungen "La Nación" und "Clarín" vor ihren Druckereien in Barracas mit der Drohung unter Druck gesetzt, die Verteilung der Exemplare zu verhindern. Arbeitsminister Carlos Tomada schlichtet den Fall, während kein Regierungssprecher ein Sterbenswörtchen zu diesem massivem Eingriff in die Pressefreiheit geäußert hat. Die Verfassung garantiert sie, Gewerkschaftsgewaltige verletzen sie.

Vor über sechs Jahren kassierte der damalige Präsident Néstor Kirchner das sogenannte Produktionsministerium, das Anfang 2002 von seinem Vorgänger Eduardo Duhalde geschaffen worden war. Produktionsminister De Mendiguren gelang als Minister die Schuldenweißwaschung seiner industriellen Auftraggeber mit der Pesifizierung ihrer Bankschulden in Dollar. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan und konnte gehen. Jetzt hat Präsidentin Cristina Kirchner jenes Produktionsministerium, das ihr Gatte abgeschafft hatte, zu neuem Leben in der Person der Fachwirtschaftlerin Débora Giorgi auferleben lassen. Sie muss zwischen dem Wirtschafts- und Finanzminister Carlos Fernández, der die Staatskasse verwaltet, und den Wünschen von Landwirten und Industriellen für Steuererlässe und billige Kredite, allenfalls auch Schuldenerlässen, lavieren. Allen wird sie es sicherlich nicht recht machen können.

Sport

Ausgeträumt

Mar del Plata/Buenos Aires (dpa/AT/re) - Auch ohne den verletzten Rafael Nadal hat Spanien zum dritten Mal die Trophäe im Davis Cup erobert. Die "Armada" landete in einem packenden Endspiel in Mar del Plata einen Überraschungscoup. Feliciano Lopez und Fernando Verdasco hatten die Gäste gegen Agustin Calleri und David Nalbandian in einem spannenden Doppel (5:7, 7:5, 7:6, 6:3) mit 2:1 in Führung gebracht. Für den entscheidenden Punkt zum 3:1 sorgte Fernando Verdasco in einem Fünf-Satz-Thriller (6:3, 6:7, 4:6, 6:3, 6:1) gegen Jose Acasuso. Verdasco ersetzte im Hexenkessel des "Estadio Islas Malvinas" den am Eröffnungstag enttäuschenden David Ferrer, Acasuso kam für den verletzten Juan Martin del Potro zum Einsatz. 10 000 Zuschauer in der Halle erlebten die erste Heimniederlage ihres Teams nach 13 Siegen in Folge und die dritte Pleite im dritten Davis-Cup-Finale. Auch die Endspiele 1981 in den USA und 2006 in Russland hatte Argentinien verloren. Die spanischen Tennis-Heroen feierten ihren Coup bis in die frühen Morgenstunden, doch der Abschied von Teamchef Emilio Sánchez Vicario trübte die Partylaune. Der frühere Profi stellte sein Amt unmittelbar nach dem Triumph zur Verfügung. Ausschlaggebend für den Entschluss des Kapitäns dürfte der Dauerstreit mit dem Präsidenten des spanischen Tennisverbandes, Pedro Muñoz, gewesen sein. Unterdessen griff Argentiniens Teamchef Alberto Mancini die heimischen Medien an, die zu kritisch gewesen seien und zu viel Druck erzeugt hätten.

Endspurt

Buenos Aires (AT/re) - Für den neuen Tabellenführer der "Primera Division" Boca Juniors lief am 16. Spieltag der "Apertura" alles wie

am Schnürchen. Während Boca mit 2:1 bei San Martín Tucumán gewann, patzten beide Konkurrenten: San Lorenzo verlor gegen den Tabellenvierten CA Lanus vor eigenem Publikum mit 1:3, Tigre unterlag mit dem selben Ergebnis bei Estudiantes. Nach Vorarbeit des ansonsten enttäuschenden Juán Román Riquelme sicherte Luciano Gabriel Figueroa den Boca Juniors mit seinem 2:1-Siegtreffer in der 62. Minute die so wichtigen drei Punkte. Zuvor hatte Tucumáns Raúl Fernando Saavedra die Führung der Gäste durch Lucas Viatri ausgeglichen.

Boca hat nun drei Spieltage vor dem Saisonende zwei Punkte Vorsprung auf San Lorenzo und Tigre sowie das leichtere Restprogramm. Am 17. Spieltag empfangen die "Xeneizes" den Tabellenelften Racing, danach warten mit GyE La Plata und CA Colón zwei weitere lösbare Aufgaben. Zudem hat Boca den Vorteil, zwei der verbleibenden drei Partien in der heimischen "Bombonera" austragen zu können. San Lorenzo trifft noch auf Huracán, Independiente und die Argentinos Juniors und muss dabei noch zwei Mal in der Fremde antreten. Tigre empfängt zunächst River Plate - der schwächelnde Traditionsverein trägt nach wie vor die Rote Laterne, tritt dann bei Rosario Central an und schließt die Saison mit einem Heimspiel gegen CA Banfield ab.

Im Final-Hinspiel um die Copa Sudamericana unterlag Estudiantes dem D'Alessandro-Club Internacional Porto Alegre vor eigenem Publikum mit 0:1.

AUSFLÜGE UND REISEN

Das erste Flugzeug in der südlichsten Stadt der Welt

Dieser Tage jährt sich zum 80. Mal das Datum, an dem ein Flugzeug die südlichste Stadt der Welt ansteuerte. Am 8. Dezember 1928 gelang es Gunther Plüschow in Begleitung seines Monteurs Ernst Dreblow, von Punta Arenas in Chile kommend, mit einem Sack Post Ushuaia anzufliegen. Die Maschine war eine zweisitzige Heinkel HD 24 (HD = Heinkel Doppeldecker), auf den Namen Silberkondor getauft. Die Flugmatrikel des Apparats lautete D-1313 (die Dreizehn galt Plüschow als Glückszahl).

Weil es auf Feuerland kaum irgendwo ebenes Land, dafür aber umso mehr Buchten, Fjorde und Seen gibt, war der Silberkondor mit Schwimmern statt Rädern ausgerüstet. Auch in Ushuaia ging der Silberkondor auf dem ruhigem Wasser der weiten Bucht vor der Siedlung nieder.

Gedenkstein an Gunther Plüschow am Brazo Rico.

Die Erinnerung an die Leistungen des einstigen „Fliegers von Tsingtau" aus dem ersten Weltkrieg war im Süden nie verblasst. Der Silberkondor stürzte im Januar 1931 an der Küste des Brazo Rico, eines riesigen Seitenarms des Lago Argentino, ab und zerschellte. Keines der beiden Besatzungsmitglieder konnte sich retten, als einer der beiden Flügel brach. An der Stelle, wo Plüschow und sein treuer Dreblow den Fliegertod fanden, steht heute ein Denkmal.

In letzter Zeit wurde die Erinnerung an Plüschows Leistungen erneut geweckt, und zwar durch die Veröffentlichung von spanischen Ausgaben bzw. Übersetzungen seiner Biografie und Bücher, wie „Sobre la Tierra del Fuego" und „El Cóndor de Plata", herausgegeben von Roberto Litvachkes. Gleichzeitig wurden an verschiedenen Orten, vor allem auf Flughäfen, neben Schautafeln Modelle des Silberkondors aufgestellt und bei einem breiteren Publikum das Interesse an diesem fast vergessenen deutschen Flugpionier geweckt.

Nun wurde sogar eine maßstabgetreue Nachbildung der Heinkel HD 24 fertiggestellt, die künftig im Hafen von Ushuaia stehen soll: vierzehn Meter Spannweite, acht Meter Länge, knapp vier Meter Höhe. Gefertigt wurde der Nachbau in den Werkstätten des Museo Nacional de Aeronáutica in Morón und des Aéro Club Ushuaia.

Natürlich wurden keine Originalmaterialien verwendet, denn fliegen soll der Doppeldecker ja nicht. Dafür wurde umso mehr Wert darauf gelegt, dass sämtliche Werkstoffe klimaresistent sind, um dem mehrmals am Tag wechselnden Wetter von Ushuaia zu trotzen.

Alles wurde weitgehend haargenau nachgebildet, denn Originalpläne ließen sich noch hier und dort auftreiben. Bestimmte Bauteile wie etwa das Triebwerk allerdings mussten als Attrappe eingebaut werden, so auch der Reihensechszylindermotor von BMW, der original 290 Kilogramm wog und je nach Flughöhe zwischen 300 und 250 PS leistete. Was bisher kaum bekannt war: das Hubvolumen des Monstrums betrug 23 Liter!

Einige Teile des Motors sind zufällig erhalten geblieben. So kann man im kleinen und sehr interessanten Museo Regional Municipal von El Calafate einen halb verrosteten Pleuel betrachten, der Kolben mit Kurbelwelle verband, ein wahrer Klotz solider Schmiedearbeit. Dortselbst findet sich auch ein kleiner Wasserbehälter des abgestürzten Flugzeuges, umhüllt von Schafsfell, um die Flüssigkeit vor dem Gefrieren zu schützen.

Auch in Punta Arenas, wo Plüschow sich ebenfalls wiederholt aufhielt, hält das kleine, aber saubere Hotel Cóndor del Plata (22 Zimmer) in der Avenida Colón 556 mit mehreren Original-Memoriabilia die Erinnerung an den Flieger von Tsingtau wach.

Es mangelt nicht an allen nur denkbaren Storys rund um die Plüschow-Saga. So seit einigen Jahren auch die rein journalistisch aufgebauschte Geschichte, die mehrere Publikationen in Patagonien unter dem Titel nachdruckten: „ Pluschow - ¿piloto o espía muerto en Santa Cruz?". Was und für wen der Pilot von Tsingtau spioniert haben soll, blieb ungeklärt. Tatsache ist andrerseits, dass Plüschow bei seiner Rückkehr nach Deutschland illustrierte Artikel schrieb und Filmvorführungen organisierte, um Geld für weitere Aufklärungsflüge über dem bis dahin völlig unerforschten Erdteil aufzutreiben. Weiß Gott hatte Plüschow anderes im Sinn, als zu spionieren. Die Geschichte verkaufte sich aber gut.

Im Hafen von Ushuaia wird der Silberkondor an der Anlegestelle aufgestellt, dort, wo sommers Dutzende Kreuzfahrtschiffe vertäut werden und Tausende von Touristen aus aller Herren Länder von Bord gehen. Auch wenn die wenigsten wissen, was es mit dem Wasserflugzeug auf sich hat, werden die Interessenten darauf hingewiesen, dass im nahen Hangar acht Flugzeuge des Aero Club Ushuaia startbereit warten, um den Besuchern Feuerland mit seinen Gipfeln, Buchten und Gletschern so zu zeigen, wie sie einst Plüschow aus der Luft sah.

Gefördert wurde das Projekt u.a. vom Goethe-Institut, der Deutschen Botschaft Buenos Aires, der Universität von Tres de Febrero und dem Verein Amigos de la Tradición Náutica Argentina.

Mitte Dezember wird der Nachbau des Silberkondors in Puerto Madero zu sehen sein.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Flyer Lufthansa City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

75 Jahre AFI

Mit einer schönen, würdevollen Feier beging die AFI ihr 75jähriges Bestehen. Auch wenn der im Jahr 1933 gegründete „Hilfsverein“ sich später Asociación Filantrópica Israelita nannte, das Ziel ist immer das gleiche geblieben: helfen. In der ersten Zeit musste man den Einwanderern helfen, in Argentinien eine neue Existenz aufzubauen; dann galt es, alte Menschen zu betreuen, und so entstand 1940 in San Miguel das Elternheim - heute Hirsch -, das inzwischen zu einer auch nach internationalen Standards vorbildlichen Einrichtung herangewachsen ist. Hier wird dem Heimbewohner nicht nur eine exzellente medizinische Betreuung, sondern auch eine freundliche, warmherzige Atmosphäre geboten.

Im bis zum letzten Platz besetzten Amijai-Tempel begrüßte der vom Fernsehen bekannte Pancho Ibañez die Gäste, unter denen man die Botschafter Deutschlands, Israels und Österreichs, Dr. Günther Knieß, Dr. David Uri und Dr. Gudrun Graf, den Präsidenten der DWG, Dr. J.D. Finsterbusch, den Präsidenten vom Hospital Alemán, Herrn von Ehrenstein, und zahlreiche weitere Vertreter diverser Institutionen sah.

Sogleich ergriff AFI-Präsident Carlos Oppenheimer das Wort: „Wir ehren die Menschen, die AFI aufgebaut haben, aber wir schauen auch nach vorne“, sagte er. „Beteinu wird geschlossen“, erklärte er unter anderem, „weil der Kinderhort seine Mission erfüllt hat, aber die Arbeitsbörse, die Sozialhilfe, die Kulturarbeit, die Betreuung alleinstehender Mitglieder und die hervorragende Fürsorge der alten und älteren Menschen im Hirsch wird weitergehen.“ Dort ist die Aktualisierung verschiedener Gebäude geplant, da die Zahl alter Menschen zunimmt. „Für sie werden wir sorgen!“ Carlos Oppenheimer sprach den vielen Mitarbeitern seinen Dank aus, den Ärzten, Psychologen, Therapeuten, Pflegerinnen und freiwilligen Helferinnen, die Tag für Tag in diversen Bereichen tätig sind, ob im Heim selbst oder bei den Gruppen „Afinidad“ und „Compartir“.

Es war eine kurze, aber eindrucksvolle Rede, der zwei Videofilme folgten. Der erste zeigte die Vergangenheit: die Ankunft der Einwanderer und ihr Versuch, sich der neuen Umgebung anzupassen; der zweite bezog sich auf die Gegenwart: Man sah - und hörte - die freiwilligen Helferinnen mit ihren Schützlingen, die Kommentare verschiedener Heimbewohner über ihr Leben im „Hirsch“; man sah sie beim Schwimmen, beim Kaffee und beim traditionellen Asado.

Nachdem der AMIA-Präsident Herrn Oppenheimer eine Ehrenplakette überreicht hatte, folgte der musikalische Teil des Festaktes. Ein Orchester aus Musikern des „Orquesta Estable del Teatro Colón“ spielte, dirigiert von David Rosenmeyer, Stücke von Mozart, Händel, Verdi, Bizet u.a., wobei besonders die Mezzosopranistin Malena Dayen die Bewunderung und den begeisterten Applaus des Publikums hervorrief.

Nach dem Genuss der Musik schlossen sich die Pforten des Tempels, die Gäste verteilten sich im Garten, wo sie bei leckeren Häppchen und Getränken noch lange beisammen blieben.

Marion Kaufmann

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss zum Donnerstag zu $ 3,37, um 0,90% über der Vorwoche und um 6,31% über Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs lag zum 2.2.09 bei $ 3,465, zum 31.3.09 bei $ 3,551, zum 30.6.08 bei $ $ 3,640, zum 30.9.08 bei $ 3,740, zum 30.11.08 bei $ 3,820 und zum 31.10.10 bei $ 3,970.

***

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnete zum Donnerstag eine Zunahme von 12,45% gegenüber der Vorwoche, liegt jedoch um 3,83% unter Ende Oktober und um 54,83% unter Ende 2007.

***

Die verschiedenen Staatspapiere haben letzte Woche eine bedeutende Hausse erlebt. Zum Donnerstag stiegen Par-Bonds in Pesos um 0,69%, lagen dabei um 62,26% unter Ende 2007. Discount-Bonds in Pesos stiegen gegenüber der Vorwoche um 20%, lagen aber um 58,76% unter Ende 2007; Boden 2014 stiegen um 16,67% (62,63% unter Ende 2007), Boden 2012 stiegen um 17,65% (-39,86% im Jahr), und Boden 2013 stiegen um 25% (-38,99% im Jahr).

***

Die Währungsreserven der ZB betrugen zum 14.11.08 u$s 45,81 Mrd., um 2,05% weniger als vor 30 Tagen und um 0,80% unter Ende 2007. Der Notenumlauf betrug $ 74,28 Mrd., um 2,49% weniger als vor 30 Tagen und um 0,70% über Ende 2007.

***

Die gesamten Depositen des Bankensystems lagen zum 14.11.08 mit $ 216,04 Mrd. um 1,49% unter dem Stand vor 30 Tagen, aber um 12,87% über Ende 2007. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 23,96% zu, Spardepositen um 6,94% ab und Fristdepositen um 28,34% zu, wobei Depositen von 180 auf 365 Tage um 92,53% stiegen.

***

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 14,72% diskontiert (Vorwoche: 18,79%), auf 60 Tage zu 20,72% (21,12%), auf 90 Tage zu 24,44% (25,95%), auf 180 Tage zu 29,28% (31,42%) und auf über 80 Tage zu 32,65% (31,42%). Die Zinsen sind für Anlagen unter 180 Tagen allgemein gefallen.

***

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat letzte Woche zu $ 56,58 je Gramm gehandelt (Vorwoche: $ 51,53), und bei 24 Karat zu $ 95,60 (Vorwoche: 87,60).

***

Die Regierung hat mit Gewerkschaftern und Unternehmern die Bildung einer Komission vereinbart, die im Rahmen des Lohnrates tätig sein soll und die Entlassungen u.a. Arbeitsprobleme überwachen und quantifizieren soll, um eventuelle Lösungsmöglichkeiten zu studieren, durch die die Beschäftigung beibehalten wird.

***

Die Supermärkte verkauften im Oktober 2008 in Produkteinheiten 26,4% % mehr als im gleichen Vorjahresmonat und 1,2% mehr als im September. Der Umsatz (zu laufenden Preisen) nahm im Vorjahresvergleich um 34% und gegenüber September 2008 um 9,3% zu. Die Preise nahmen im Oktober um 0,6% zu, und im Laufe des Jahres um 5,8%.

***

Die Regierung erreichte ein Stillhalteabkommen für sechs Monate mit 8 Erdölunternehmen, drei Gewerkschaften und drei Erdölprovinzen. Die Unternehmen verpflichteten sich, die vorgesehenen Investitionen weiterzuführen und die Beschäftigung zu erhalten, und die Gewerkschaften, nicht zu streiken. Die Regierung war durch die Minister De Vido und Tomada vertreten. Von den Unternehmen waren Vertreter von YPF, Petrobras, Tecpetrol, Pluspetrol, Pan American Energy, Total, Oxy Petrol, Chevron und Pride (Dienstleistungen für Erdölfirmen) vertreten. Esso und Shell waren nicht anwesend. Auch die Gou-verneure Das Neves (Chubut), Peralta (Santa Cruz) und Sapag (Neuquén) waren dabei.

***

Das brasilianische Stahlunternehmen Gerdau hat die vorgesehene Investition von u$s 524 Mio. in Argentinien hinausgeschoben. Es handelt sich um ein Stahlwerk in Santa Fé, wo die Firma schon unter dem Namen Sipar-Gerdau tätig ist. Ursprünglich war vorgesehen 2011 eine Produktion von 650.000 Jato Rohstahl und 710.000 Jato Walzprodukte zu erreichen, und dann 2016 noch mehr.

***

Im März hat die Regierung mit den Exportschlachthöfen ein Gesamtkontingent für 2008 von 550.000 t vereinbart. Doch in den ersten 10 Monaten wurden nur 361.000 t exportiert, so dass 189.000 t für November und Dezember verbleiben. Das würde eine Verdoppelung der bisher exportierten Mengen bedeuten, was nicht möglich ist. Es wird somit 2008 weniger als vorgesehen exportiert werden, wobei die interne Nachfrage keinen Ausgleich schafft. Die Schlachthäuser haben überfüllte Gefrierkammern, und der Preis für Rinder ist gefallen, so dass der Bestand weiter abgebaut wird.

***

Die Aufsichtsbehörde der privaten Rentenkassen (AFJP) hat berechnet, dass das angesammelte Vermögen der Beitragenden $ 74,19 Mrd. ausmacht. Am 15. August war es noch $ 97 Mrd. wert; aber die Baisse bei den Wertpapieren, in denen diese Fonds angelegt sind, hat sie um fast $ 23 Mrd. entwertet.

***

Das Bergbauunternehmen Silver Standard hat eine zusätzliche Investition von $ 150 Mio. im Vorkommen Pirquitas (Silber, Blei und Zinc), Provinz Jujuy, bekanntgegeben, womit die Gesamtinvestition von $ 650 auf 800 Mio. steigt.

***

Der Verband der Hüttenindustrie berichtet, dass die Rohstahlproduktion im Oktober mit 480.000 t um 3,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 1,6% unter

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“

Grabherr Charlotte, 89, am 3.12; **Born Alice**, 90, am 4.12; **Gulyas Olga geb. Pretzlaff**, 96, am 4.12; **Luna Leonor**, 89, am 4.12; **Verdier Elisabeth**, 106, am 14.12; **Garcia Ines**, 91, am 28.12

Todesfälle

Semper Lina, 93, am 8.11.; **Sigfried Schenk**, am 26.11.; **Lydia Diminich de Hartwig**, 79, am 23.11.

Legalisierung von Schwarzarbeitern und Förderung der Beschäftigung

Präsidentin Cristina Kirchner hat ein Gesetzesprojekt angekündigt, das den kleinen Unternehmen erlaubt, die nicht eingetragenen Arbeitnehmer, für die keine Sozialbeiträge gezahlt werden, weisszuwaschen, d.h. legal einzutragen, ohne die geschuldeten Beiträge zum System der Sozialen Sicherheit und zu den Sozialwerken zu zahlen. Die rückwirkende Zahlung war ein unüberwindliches Hindernis für den Übergang auf die Legalität.

Arbeitsminister Tomada erklärte danach, dass diese Möglichkeit nur für 10 Schwarzarbeiter pro Unternehmen gilt. Darüber hinaus müssen die geschuldeten Beiträge (mit Zinsen, die jedoch gesamthaft 20% der Schuld nicht übersteigen dürfen) in Raten, mit einem monatlichen Zinssatz von 0,5% gezahlt werden, aber es entfallen Bussen. Den Unternehmen wird eine Frist von sechs Monaten gewährt, um sich dem System anzuschliessen.

Laut Tomada sollen die legalisierten Arbeitnehmer rückwirkend bis zu 60 Monaten als Beiträge zum Rentensystem berechnen können, wie wenn die Beiträge normal gezahlt worden wären. Ob in diesem Fall nur eine eidesstattliche Erklärung abgegeben werden muss, oder ob die schwarze Beschäftigung irgendwie nachgewiesen werden muss, wurde nicht bekanntgegeben.

Für viele kleine und auch mittlere Unternehmen stellt die Beschäftigung von Schwarzarbeitern ein grosses Risiko dar, einmal, weil sie bei Konflikten, die in Prozessen ausarten, von den Richtern schwer bestraft werden, und dann, weil das Unfall- und Krankheitsrisiko nicht versichert ist, so dass es zu Klagen für hohe Summen kommen kann, denen die Richter in der Regel stattgeben und die ein Unternehmen faktisch liquidieren können.

Ebenfalls hat die Präsidentin ein weiteres Gesetzesprojekt angekündigt, durch das Unternehmen, die ihre Belegschaft erhöhen, für die zusätzlichen Arbeitnehmer im ersten Jahr nur den halben Beitrag des Unternehmensbeitrages (von 16%) zum Rentensystem (ANSeS) zahlen müssen, im zweiten Jahr dann einen Rabatt von 25% erhalten. Der persönliche Beitrag (von 11%) muss voll bezahlt werden.

Da die Schwarzarbeiter formell nicht existieren, können sie eventuell von Unternehmen als neue Arbeiter eingetragen werden, womit der Übergang auf die Legalität erleichtert wird. Da Unternehmen, die viele Arbeiter schwarz beschäftigen, auch sonst schwarzes Arbeitskapital haben, haben sie jetzt auch die Gelegenheit, dieses Vermögen weisszuwaschen, womit sie dann voll in die Legalität übergehen.

Es hängt jedoch weitgehend von konkreten Text der Gesetze und der Reglementierungsdekrete ab, wie weit diese Möglichkeiten effektiv und ohne grosses Risiko angewendet werden können.

September lag. In den ersten 10 Monaten 2008 lag die Produkton mit 4,88 Mio. t um 10,8% über dem Vorjahr und erreichte damit einen historischen Rekord. Die Tendenz hat sich im Oktober abrupt geändert, und die Industrie erwartet für die folgenden Monate eine noch niedrigere Nachfrage. Die Produktion von Eisen lag im Oktober mit 379.000 t um 8,2% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 7,2% unter September. Die Produktion von warmgewalzten Produkten lag im Oktober 2008 mit 506.800 t um 8% über Oktober 2007 und um 1,7% über September 2008. Die Produktion von kaltgewalztem Stahl lagt mit 143.000 to um 21,1% über dem Vorjahr und um 18% über September.

***

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (INDEC) weist für Oktober 2008 eine Zunahme von 2,5% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und einen Rückgang von 1,9% gegenüber September 2008 aus. Die ersten 10 Monate 2008 liegen um 5,8% über dem Vorjahr; doch für ganz 2008 wird jetzt mit etwa 5% Zunahme gerechnet, gegen 8,4% 2006 und 7,5% 2007. Die höchsten Abnahmen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich im Oktober bei Reifen mit 18,2%, Textilien mit 10,4%, Kunststoffprodukten mit 8,8% und Papier und Pappe mit 5,3%. Auf der anderen Seite lagen Aluminium um 37,6%, nicht metallische Erze um 9,7% und Nahrungsmitel um 6,8% höher. Ohne Aluminium, wo dieses Jahr eine bedeutende Erweiterung der Kapazität von Aluar in Betrieb genommen wurde, wäre das Ergebnis viel schlechter gewesen. Bei Kfz lag die Produktion im Oktober 2008 um 6,2% über dem Vorjahr, jedoch 7,8% unter September.

***

Die Regierungsfraktion der Deputiertenkammer hat ein Gesetzesprojekt über die Enteignung von Aerolíneas Argentinas und deren Tochterunternehmen Austral, Jet Pack und Aerohandling eingereicht. Das Parlament hatte vor einigen Wochen den Kauf der Unternehmen durch die Regierung genehmigt. Dabei gab es jedoch keine Einigung über den Preis. Die Oppositon in der Kammer (UCR, PRO und ein Teil des Sozialismus) haben sich ebenfalls für die Enteignung eingesetzt, jedoch nicht der Aktien, sondern nur der Aktiven, bestehend aus den Flugzeugen, Immobilien, den Marken u.a. unsichtbarer Aktiven, so dass die Regierung nicht für die Zahlung der hohen Schuld aufkommen würde. Auf diese Weise würden auch keine Arbeitsverträge übernommen, so dass man von Null anfangen könnte. Dies ist jedoch das politische Kernproblem, da bestenfalls 3.000 von fast 10.000 Belegschaftsmitgliedern notwendig sind. Die Marsans-Gruppe gab bekannt, dass sie den argentinischen Staat bei Enteignung in Höhe von u$s 1,56 Mrd. vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID verklagen werde.

***

Die italienische Campari hat 70% der lokalen Sabia S.A. übernommen, die die internationalen Marken für alkoholische Getränke Bols, Teacher's (Whisky), Jack Daniels und die lokalen Reserva San Juan, Otard Dupuy, Czalis, Weinert, Pont L´Eveque und Duc de Saint Remy vertreibt. Sabia wurde 2006 von führendem Personal von Allied Domecq gegründet.

***

Im Amtsblatt vom 21.11.08 wurde das Gesetz 26.422 über den Haushalt der Nationalverwaltung für 2009 veröffentlicht, der insgesamt Ausgaben in Höhe von $ 233,82 Mrd. vorsieht, davon $ 201,23 Mrd. laufende Ausgaben und $ 32,58 Mrd. Kapitalausgaben. Seit 1992 muss das Budget auch die vom Schatzamt ausgestellten Garantien enthalten. Artikel 63 des Gesetzes sieht eine Garantie in Höhe von u$s 274,13 Mio. für den Kredit der Banco Nación vor, der für die Erweiterung von Ferngasleitungen bestimmt ist; u$s 887,66 Mio. sind für die staatliche Enarsa bestimmt, für den Kauf von Kraftwerken; $ 30 Mio. sind als Garantie für die Finanzierung des Projektes von ArSat bestimmt, einen Satelliten für Telefonie u.dgl. zu errichten; E 36 Mio. sollen die Vorfinanzierung des Exportes einen Atomreaktors nach den Niederlanden durch INVAP garantieren, sofern das Unternehmen (das der Provinz Rio Negro gehört) die Ausschreibung gewinnt. Bei den meisten dieser Garantien, besonders bei Enarsa, wird das Schatzamt schliesslich zahlen müssen, weil kaum die Möglichkeit besteht, die Kredite mit eigenen Mitteln zurück zu zahlen. Somit sind die Ausgaben in Wirklichkeit höher, als im Budget vorgesehen ist.

***

Planungsminister Julio de Vido erklärte am Dienstag in seiner Rede anlässlich der Feier zum Jahrestag der Bautenkammer, dass der hohe Stromkonsum, den eine Spitzentemperatur von 36 Grad in der Bundeshauptstadt am Dienstag herbeigeführt hat, einen neuen Rekordkonsum von 18.400 MW verursacht habe, der ohne Stromimporte aus Brasilien befriedigt werden konnte. Das sei möglich gewesen, weil das Angebot an elektrischem Strom dieses Jahr um 1.100 MW über 2007 liege. De Vido betonte die hohen Investitionen auf diesem Bereich, und erklärte, bis 2011 seien Investitionen im Strombereich von $ 63 Mrd. vorgesehen. Dies schliesst auch private Investitionen ein.

***

Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass der Umsatz der Shopping-Centers im Oktober 2008 mengenmässig (zu konstanten Preisen) um 8,5% über Oktober 2007, jedoch um 6,9% unter September 2008 lag. Die Preise sind im September um 1% gestiegen, und gegenüber Oktober 2007 um 4,5%, womit der Umsatz zu laufenden Werten um 15% zunahm.

***

In den ersten 10 Monaten 2008 betrug der Export von primären Produkten (Landwirtschaft und Bergbau) u$s 15,08 Mrd., der von Industrieprodukten landwirtschaftlichen Ursprungs u$s 20,72 Mrd., der von reinen Industrieprodukten u$s 18,41 Mrd. und der von Erdöl, Erdölprodukten, Gas und Strom u$s 6,95 Mrd. Somit ergibt sich, dass die Exporte von Industrieprodukten aller Art 64% der Gesamtexporte ausmachen. Andererseits sorgt die Landwirtschaft, direkt und über verarbeitete Produkte, für 57% der Exporte.

***

Von den Exporten der ersten 10 Monate gingen 23% nach Mercosur-Staaten (vornehmlich Brasilien), 19% nach der EU, 16% an ASEAN-Staaten (Japan, China, Korea und Indien), 10% nach NAFTA-Staaten (vornehmlich USA) und 32% an andere Staaten. In den letzten Jahren haben die Exporte nach nicht traditionellen Bestimmungen stark zugenommen.

***

Von den Importen der ersten 10 Monate entfielen u$s 17,64 Mrd. auf Halbfabrikate, u$s 10,74 Mrd. auf Kapitalgüter, u$s 17,39 Mrd. auf Konsumgüter und u$s 4.03 Mrd. auf Brennstoffe und Energie. Die Energiebilanz war somit noch um u$s 2,92 Mrd. positiv, wobei der Saldo eine

MAXINTA
Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa
Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan
Sarmiento 378 6º y 7º 5278-4400

Steuerschulden zum 31.12.07 können in Raten gezahlt werden

Die Regierung hat am Donnerstag ein Moratorium für Schulden von Steuern und Soizalabgaben zum 31. Dezember 2007 angekündigt. Dabei muss eine Anzahlung von 6% auf die Schuld stattfinden, wobei dann der Restbetrag in bis zu 10 Jahren, zu einem Zinssatz von monatlich 0,75% bezahlt werden kann.

Eventuelle Bussen, Zinsen und andere Aufschläge werden dem säumigen Steuerzahler geschenkt. Das Moratorium umfasst auch Schulden, die sich aus Steuern oder Sozialabgaben ergeben, bei denen ein Verfahren in der AFIP oder vor Gericht eingeleitet wurde, sofern kein endgültiges Gerichtsurteil besteht. Auch Verfahren wegen Steuerhinterziehung werden niedergeschlagen, wenn die geforderten Beträge vom Steuerzahler anerkannt werden und die Gerichstkosten (einschliesslich Honorare der Anwälte) bezahlt werden. Zu diesem Punkt haben Kritiker bemerkt, dass bestimmte Verfahren, wie der Fall Skanska u.a. von grosser politischer Bedeutung, hinfällig werden und somit strafrechtlich nicht weitergeführt werden können.

Diejenigen, die sich dem Anfang November eingeführten System der Zahlungserleichterung von Steuerschulden angeschlossen haben, das auch 10 Jahre, aber ohne Abzug der Zinsen u.a. Beträge, galt, können jetzt auf das neue System übergehen. Es klingt nach Improvisation, dass in einem so kurzem Abstand ein Moratorium durch ein anderes ersetzt wird.

Wenn die Inhaber der Unternehmen mit Steuerschulden schwarze Gelder haben, so können sie sie jetzt weiss-waschen und damit die Schuld zahlen. Wenn sie das Geld zinsbringend anlegen, können sie dabei eventuell noch verdienen. Das Moratorioum, die Vermögenslegalisierung und die Legalisierung von Schwarzarbeitern sind als ein einheitliches Paket gedacht.

Die Regierung kommt mit diesen Massnahmen der akuten Kreditknappheit entgegen, die gegenwärtig besteht und vielen Unternehmen die Zahlung ihrer Steuerschulden unmöglich macht.

stark abnehmende Tendenz aufweist.

***

Von den Importen der ersten 10 Monate stammen 36% aus Mercosur-Staaten, 19% aus ASEAN-Staaten, 15% aus der EU. 15% aus NAFTA-Staaten und 15% aus anderen Ländern. Brasilien hat seit Bildung des Mercosur eine zunehmende Bedeutung als Lieferant eingenommen.

***

Die Exporte lagen im Oktober 2008 um 13% über dem gleichen Vorjahresmonat, wobei jedoch die Preise um durchschnittlich 22% höher und die exportierten Mengen um 7% niedriger waren. Die Importe nahmen im Oktober im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat um 7% zu, bei 9% höheren Mengen und 7% höheren Preisen. Die Baisse der argentinischen Exportcommodities hat sich im Oktober mild ausgewirkt, weil viele Geschäfte noch zu den hohen Preisen abgeschlossen worden waren, die Mitte 2008 galten. Im November wird sich dies stärker auswirken.

***

Die Provinz Buenos Aires hat für 2009 einen Haushaltsvoranschlag mit einem Defizit von $ 2,9 Mrd. vorgelegt. Für 2008 war ursprünglich ein Fehlbetrag von $ 2,1 Mrd. vorgesehen, der schliesslich auf $ 2,8 Mrd. stieg. Auch für 2009 wird damit gerechnet, dass das Defizit schliesslich höher ausfällt. Wirtschaftsminister Rafael Perelmuter wies darauf hin, dass die Zunahme des Defizites vornehmlich auf Gehaltserhöhungen zurückzuführen sei. Die Provinz hat u.a. den Lehrern Gehaltserhöhungen zugestanden, die sie nicht zahlen konnte.

***

Die ZB hat am Dienstag Wechsel in Höhe von $ 500 Mio. ausgeschrieben, aber Angebote für $ 1,77 Mrd. erhalten und schliesslich $ 1,26 Mrd. angenommen. Für Lebac auf 35 Tage wurden 12% gezahlt, gegen 12,5% eine Woche zuvor, für Nobac auf 91 Tage 0,36% über Badlar, gegen 0,4% eine Woche vorher, für Nobac auf 365 Tage Badlar plus 1,75%.

***

Die Staatsfinanzen erzielten im Oktober einen primären Überschuss von $ 2,61 Mrd., 20,3% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Der echte (oder finanzielle) Überschuss, der sich nach Abzug der Zinsen ergibt, lag mit $ 1,08 Mrd. um 58,3% über dem Vorjahr. Die Einnahmen lagen mit $ 14,65 Mrd. um 36,3% über dem Vorjahr und die Ausgaben mit $ 12,48 Mrd. um 35,3% höher. In 10 Monaten 2008 lag der primäre Überschuss mit $ 34,17 Mrd. um 36,9% über dem Vorjahr, und der echte Überschuss mit $ 9,57 Mrd. um 73,8% höher. Das Plansoll für 2008, das auf $ 31,48 Mrd. festgelegt wurde (3,15%) des BIP), wurde schon in 10 Monaten übertroffen, so dass für ganz 2008 mit einem primären Überschuss von 3,35% des BIP gerechnet wird. Im Oktober lagen die Kapitalausgaben (die im Wesen öffentliche Investitionen finanzieren) trotz Kürzungen und Stilllegungen von bestimmten Projekten, um 35% über dem Vorjahr.

Ein Produktionsministerium mit Deborah Giorgi

Am Dienstag kündigte Präsidentin Cristina Kirchner anlässlich der Tagung des Industrieverbandes "Unión Industrial Argentina" die Einführung eines Produktionsministeriums an, dem die Staatssekretariate für Industrie, Landwirtschaft und Tourismus unterstehen werden. Handel (mit Guillermo Moreno) bleibt angeblich weiterhin beim Wirtschaftsministerium. Tourismus war bisher direkt vom Präsidialamt abhängig, wo es nicht hingehört. Jetzt wird dieser Bereich der sogenannten "produktiven" Wirtschaft eingegliedert.

Als Eduardo A. Duhalde Präsident war, hat er schon dieses Ministerium eingeführt, das nachher unter Néstor Kirchner wieder abgeschafft wurde, wobei es in einem "Ministerium für Wirtschaft und Produktion" vereinheitlicht wurde. Im Wesen sind diese Bezeichnungen falsch: das Wirtschaftsministerium ist jetzt ein Finanzministerium, das sich grundsätzlich um öffentliche und private Finanzen kümmert, und das Produktionsministerium ist ein Wirtschaftsministerium, dass sich mit der realen Wirtschaft befasst.

Unternehmer der Industrie und der Landwirtschaft sind im allgemeinen über diese neue Staatsstruktur im wirtschaftlichen Bereich erfreut, weil sie dabei hoffen, dass ihre Interessen gegenüber dem Wirtschaftsminister besser vertreten werden. Denn dieser stellt die Staatsfinanzen und den Überschuss in den Vordergrund, während Industrie und Handel steuerliche Erleichterungen oder Förderungen befürworten, die der Staatskasse Geld kosten. Ebenfalls kann man von Frau Giorgi einen besseren Dialog mit den Unternehmer erwarten als mit Carlos Fernandez, der sich wie ein Berufsbeamter benimmt, der seine Stelle erhalten will, und eventuelle Konflikte mit Néstor Kirchner peinlich vermeidet. Man erwartet von D. Giorgi eigene Initiativen, mehr Verständnis für die Probleme der einzelnen Branchen und auch Mut, um sich durchzusetzen.

Deborah Giorgi (49) ist eine intelligente, gut ausgebildete und erfahrene Beamtin mit starkem Charakter. Sie hat ihr Studium über Volkswirtschaft in der katholischen Universität von Buenos Aires absolviert, und war nachher Partnerin von Javier Gonzalez Fraga (ehemaliger ZB-Präsident im Jahr 1990 und jetzt Mitarbeiter von Elisa Carrió in der "Coalición Cívica") in der Colsulting-Firma Alpha. Sie hat auch das Studienzentrum der "Unión Industrial Argentina" für internationale Verhandlungen geleitet. Unter Fernando de la Rúa als Präsident war sie Staatssekretärin für Industrie und Handel, und nachher für Energie. Danach hatte sie unter Felipe Solá und Daniel Scioli als Gouverneure der Provinz Buenos Aires hohe Posten in der Provinzverwaltung, zuletzt den der Ministerin für Produktion und Landwirtschaft.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Legalisierung schwarzer Auslandsvermögen

Am Dienstag kündigte Präsidentin Cristina Kirchner beim Seminar des Industrieverbandes "Unión Industrial Argentina" eine Initiative über Weisswaschung (spanisch: "blanqueo") von schwarzen Vermögen im Ausland an. Es werden drei Kategorien geschaffen, die unterschiedlich besteuert werden:

- Bei Legalisierung von Vermögen, das im Ausland verbleibt, beträgt die Steuer 8%.
- Bei Übertragung des Vermögens nach Argentinien, aber ohne eine vorbestimmte Anlageform, sinkt die Steuer auf 6%.
- Bei Anlage in argentinischen Staatspapieren beträgt die Steuer 3%.
- Wenn die Mittel für Investitionen in Infrastruktur, Industrie, Landwirtschaft oder Bau von Immobilien eingesetzt werden, werden sie nur mit 1% besteuert.

Der Zeitpunkt für diese Weisswaschung ist nicht der beste, da ein grosses Misstrauen eingesetzt hat, das in einer hohen Kapitalflucht zum Ausdruck kommt, die ab Oktober stark zugenommen hat. Andererseits bietet sich hier eine Lösung für lokale Unternehmen, die Mittel für ihr Arbeitskapital benötigen und kaum noch Bankkredite erhalten, oder

wenn, zu anormal hohen Zinssätzen. Sofern die Inhaber dieser Unternehmen über schwarze Gelder verfügen, oder Dritte interessieren, sich mit Geldern dieser Art an ihren Unternehmen zu beteiligen, können sie sie jetzt einsetzen, ohne einen Konflikt mit dem Steueramt herbeizuführen. Ebenfalls ist es möglich, dass Beträge legalisiert werden, um sie eventuell gelegentlich im Lande anzulegen, wenn wieder mehr Vertrauen besteht oder sich günstige Gelegenheiten für Anlagen ergeben. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass dieses legalisierte Kapital dann jährlich die Vermögenssteuer von 0,5%, bzw. 0,75% bezahlen muss, was abschreckend wirkt.

Das gesamte Auslandsvermögen von Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, und von lokalen Unternehmen, wird von der ZB auf rund u$s 150 Mrd. berechnet. Diese Zahl ergibt sich als Differenz der verschiedenen Posten der Zahlungsbilanz, die zum Teil aus konkreten Angaben über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland stammen, und zum Teil geschätzt werden (besonders beim Tourismus). Der Beträg dürfte in Wirklichkeit viel geringer sein, da die Zahlungen der Importeure nicht berücksichtigt werden, sie sich bei Importen als Differenz zwischen dem effektiven Preis und dem beim Zollamt angegebenen niedrigeren Preis (um weniger an Zoll und MwSt. zu zahlen) ergeben.

Abgesehen davon, ist ein grosser Teil dieser Mittel in Aktien, Obligationen und Staatspapieren angelegt, die in vergangenen Jahren im Wert allgemein gestiegen, aber in den letzten Monaten stark gefallen sind. Ebenfalls sind hier die Dollar- und Euronoten eingeschlossen, die physische Personen in Argentinien in Banksafes oder zu Hause haben, die gemäss Berechnungen der Federal Reserve der USA zwischen u$s 30 und u$s 50 Mrd. liegen. Hier handelt es sich weitgehend um kleinere Summen, deren Inhaber das Geld verwenden, wenn sie es brauchen, ohne sich um Legalisierungsvorschriften zu kümmern.

Schliesslich muss man berücksichtigen, dass ein Teil dieses Auslandsvermögens Arbeitskapital lokaler Unternehmen ist, das normalerweise legal ist. Wenn man ausserdem noch berücksichtigt, dass ein Teil dieses Auslandsvermögens in Immobilien besteht, wie z.B. Ferienwohnungen in Punta del Este, so verbleibt schliesslich ein Betrag von bestenfalls u$s 50 Mrd., der für die Weisswaschung in Frage kommt. Wie verlautet, gibt sich die Regierung mit u$s 10 Mrd. zufrieden. Das wäre effektiv ein Erfolg.

Die Möglichkeit der Vermögenslegalisierung dürfte jedoch nicht nur das lokale Publikum ansprechen, sondern auch die Inhaber von Geldern aus dem Drogenhandel, aus Schmiergeldern, aus illegalem Waffenhandel u.a. illegaler Tätigkeiten. Es handelt sich hier um Riesensummen, die nicht ewig versteckt werden können, die sich ständig nach Legalisierungsmöglichkeiten umsehen. Jährlich kommen mindestens u$s 10 Mrd. hinzu. In diesem Fall ist eine Steuer von 8% ein Pappenstil. Die Legalisierungsmethoden, die sie sonst verwenden, pflegen viel teurer, umständlicher und nicht so sicher zu sein. Ausserdem sind diese Kapitalisten eher bereit, das Risiko zu tragen, das eine Anlage in Argentinien für die normale Finanzwelt bedeutet. Es ist somit gut möglich, dass aus dieser Quelle ein höherer Betrag kommt.

Allein, eine Vermögenslegalisierung von Geldern zweifelhaften Ursprungs würde den internationalen Bemühungen zuwider laufen, um den Drogenhandel u.a. illegale Tätigkeiten zu bekämpfen. Argentinien hat sich auch mit einem Gesetz entschieden, gegen diese Art Weisswaschung ("lavado de dinero") vorzugehen. Artikel 2 des Gesetzes bezeichnet die Hilfe, um sich vor Untersuchungen zu schützen oder der gerichtlichen Verfolgung zu entgehen, als Verbrechen. Das neue Gesetz über Vermögenslegalisierung fällt somit unter diesen Paragraphen, sofern die Reglementierung nicht bestimmt, dass diejenigen, die Auslandsvermögen weisswaschen, lokal als Steuerzahler seit einer bestimmten Zahl von Jahren eingetragen sein müssen, und effektiv einen Mindestbetrag an Gewinnsteuer gezahlt haben. Gewiss lässt sich auch dies umgehen; aber es ist wesentlich schwieriger, und auf allle Fälle wird dann der Konflikt mit dem anderen Gesetz beseitigt.

Die Regierung erwartet aus dieser Vermögenslegalisierung einmal eine direkte Wirkung auf die wirtschaftliche Tätigkeit, die dadurch angeregt werden soll. Zum zweiten wird das Problem der Zahlung der 2009 fälligen Staatsschulden erleichtert, wenn diese Gelder in Staatspapieren angelegt werden. Und zum dritten besteht eine positive Wirkung auf die Zahlungsbilanz, die den Reservenverlust der ZB ausgleicht oder sogar zu einer Zunahme verhilft. Die Wirkung auf die Staatsfinanzen und die Zahlungsbilanz würde sich positiv auf das Vertrauen auswirken, und somit eine grössere Ausstrahlung auf die Wirtschaft haben.

In der Regierung wird noch am Text des Gesetzes gearbeitet, der gewiss nicht einfach ist, da sich hier zahlreiche Probleme stellen, u.a. auch solche strafrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Art. Schliesslich hängt auch viel von der Reglementierung ab, die das Weisswaschungsverfahren in Einzelheiten festlegt.

Ein staatlicher Investitionsplan auf schwachen Füssen

Am Dienstagmittag kündigte Präsidentin Cristina Kirchner vor Unternehmern der Industrie und am späten Nachmittag vor Unternehmern der Bauwirtschaft ein Programm für öffentliche Investitionen in Höhe von $ 71 Mrd. an, das am 15. Dezember in Einzelheiten vorgestellt werden soll. Es handelt sich gemäss Äusserungen der Präsidentin um das bedeutendeste Programm auf diesem Gebiet, das es jemals gegeben hat. Dabei soll die Zahl derjenigen, die in der Bauwirtschaft beschäftigt sind, von gegenwärtig 362.000 auf 777.000 Personen zunehmen. Selbstverständlich würde sich ein Programm dieses Umfanges auch auf die Zulieferungsindustrien auswirken (Zement, Rundeisen, Ziegelsteine, u.a.), so dass die Zunahme der Beschäftigung noch viel grösser wäre. All das erscheint jedoch eher als Wunschdenken.

Das Programm besteht auf der einen Seite in Projekten, die sie als "strukturell" bezeichnete, worunter man Investitonen in Infrastruktur verstehen kann, die für das wirtschaftliche Wachstum wesentlich sind. Doch ein Teil davon soll für kleinere Gemeindeinvestitionen bestimmt werden, die in ihrer Durchführung besonders arbeitsintensiv sind. Das wären Strassenverbesserungen, Ausbau der Wasserversorgung und –entsorgung u.dgl.

Die Präsidentin hat bei dieser Ankündigung den wichtigsten Aspekt übergangen, nämlich die Finanzierung. Die Staatskasse wird in den kommenden Monaten, und noch mehr im Jahr 2009, unter geringeren Einnahmen leiden, einmal, weil der Erlös der Exportzölle wegen stark gesunkener Preise und einer voraussichtlich viel niedrigeren Ernte stark abnimmt. Aber ausserdem wirkt sich die Rezession aus, die besonders den Umsatz bei Kfz und dauerhaften Konsumgütern betrifft, bei denen keine oder nur eine geringe Hinterziehung besteht. Auch andere Steuern, wie die Gewinnsteuer, werden negativ betroffen. Andererseits nehmen die laufenden Staatsausgaben weiter zu, wegen Gehalts- und Rentenerhöhungen und auch, weil die schon in Angriff genommenen Staatsinvestitionen in eine Phase geraten, in der sie mehr finanzielle Mittel beanspruchen. Für Investitionen verbleibt somit viel weniger.

Vom Kapital, dass die Rentner bei den privaten Kassen angesammelt haben, das jetzt auf den Staat übertragen wurde, ist nur ein geringer Teil verfügbar. Über die Hälfte entfällt auf Staatspapiere, die nur zu Schleuderpreisen verkauft werden können, und somit vom Staat behalten werden müssen. Ein anderer Teil besteht aus Aktien, deren Verkauf eine chaotische Lage an der Börse herbeiführen würde. Ein weiterer Teil besteht aus Bankdepositen, deren Einsatz für Staatsinvestitionen die Kreditfähigkeit der Banken beeinträchtigen würde. All dies würde stark rezessiv wirken. Von den etwa $ 74 Mrd. um die es zu gegenwärtigen Marktwerten der Wertpapiere geht, stehen bestenfalls um die $ 5 Mrd. zur Verfügung. Das macht den Kohl gewiss nicht fett.

Die einzige unmittelbare Lösung für das Finanzierungsproblem besteht in einer Verschuldung des Schatzamtes gegenüber der Zentralbank, wie in früheren Zeiten. Das ist durch das Konvertibilitätsgesetz von 1991 (das nur bezüglich der Wechselkursparität aufgehoben wurde) verboten, kann jedoch durch Gesetz, eventuell auch durch Notstandsdekret, geändert werden. Damit wäre es jedoch mit dem Haushaltsüberschuss im Eimer, den die Kirchners stets als einen Grundpfeiler ihres "Modells" hinstellen.

Allein, auch dies hätte Grenzen und würde für einen so gross angelegten Investitionsplan nicht ausreichen. Es besteht theoretisch die Möglichkeit, eine relativ hohe Kreditsumme von der Weltbank und der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank zu erhalten. Das erfordert jedoch einmal ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds, gegen das sich die Kirchners mit Händen und Füssen stemmen, und dann müssen gut

ausgewählte und studierte Projekte vorgelegt werden. Das erfordert alles seine Zeit, wobei die beiden internationalen Finanzinstitute auch erst die Projekte gründlich studieren, bevor sie einen Kredit zusagen. Angenommen, die Regierung nimmt jetzt den Fall ernst und beschleunigt die Arbeit, so ist auf alle Fälle im günstigsten Fall erst Ende 2009 mit Auszahlungen zu rechnen.

Frau Kirchner bezog sich bei ihrer Ansprache auf den "New Deal" von Präsident Roosevelt, der im Wesen in öffentlichen Investitionen bestand, vornehmlich grosse Wasserkraftwerke. Damals gab es in den USA eine hohe Arbeitslosigkeit, so dass es darum ging, Arbeitsplätze zu schaffen. Roosevelt handelte wie es der britische Wirtschaftler Keynes einige Jahr später empfahl. Doch Roosevelt war vorsichtig und trieb diese Defizitwirtschaft nicht zu weit, womit auch der Erfolg beschränkt war und die Wirtschaft nach einem kleinen Aufschwung dann 1937/38 wieder eine Abkühlung erlebte. Erst der Krieg, der mit enormen Rüstungsausgaben, die sehr viele Industrien betrafen, und mit einer hohen Staatsverschuldung einherging, die der Krieg politisch rechtfertigte, brachte den konjunkturellen Aufschwung, so dass sich das BIP der USA in den Kriegsjahren verdoppelte. Die US-Regierung konnte damals Staatsbonds in hohem Umfang zu niedrigen Zinsen unterbringen, weil eine hohe Liquidität bestand. In Argentinien liegt der Fall diesbezüglich genau umgekehrt. Die gegenwärtige argentinische Lage hat wenig mit den 30er Jahren in den Vereinigten Staaten und auch Europa zu tun. Dort bestand nicht die geringste Inflationsgefahr, während sie in Argentinien vorhanden ist, auch wenn die Präsidentin sie bagatellisiert und weiter darauf besteht, dass sie nicht bereit ist, diesem Phänomen mit einer Rezession zu begegnen. Indessen ist die Rezession schon da, und sie nimmt zu, was auch durch diesen grossangelegten Plan öffentlicher Investitionen nicht geändert wird.

Gegenwärtig steht der Nationalstaat vor dem Problem, dass die Summe der Ausgaben, die monatlich notwendig sind, um die einzelnen Investitionsobjekte mit einem normalen Baurhythmus fortzuführen, die verfügbaren Mittel bei weitem übersteigt. Das Schatzamt zahlt jedoch weniger, als notwendig wäre, um den Überschuss zu erhalten, und das wird in unmittelbarer Zukunft noch schlimmer. Die öffentlichen Bauten werden verlangsamt oder sogar stillgelegt. Das bringt Störungen mit sich, die schliesslich in einer realen Verteuerung münden, da sogenannte "unproduktive" Kosten entstehen, die in den fixen Kosten der Bauunternehmen bestehen, wobei auch die Zinsen für die Bauzeit steigen. Wenn somit Geld vorhanden ist, und sei es von der ZB, so sollten zunächst die öffentlichen Arbeiten beschleunigt werden, die sich in Gang befinden. Wenn statt dessen neue Objekte in Angriff genommen werden, so wird das Problem nur verschärft, was für den Staat zusätzliche unnötige Ausgaben bedeutet. Bei öffentlichen Investitionem muss man an Effizienz, Kosten und Prioritäten denken. Das sind jedoch Begriffe, die den Kirchners und ihrer Mannschaft fremd sind.

Zunehmende Rezessionserscheinungen

Im 1. Quartal 2008 befand sich die argentinische Wirtschaft in vollem Schwung, getragen von einer hohen Weizenernte und der Erwartung ebenfalls hoher Ernten von Sojabohne, Mais u.a. Getreide- und Ölsaat-arten, bei hohen und damals ständig zunehmenden Weltmarktpreisen. Doch im 2. Quartal trat der Konflikt mit der Landwirtschaft auf, der fast drei Monate dauerte. Obwohl die Gesamternte schliesslich einen Rekord von 97 Mio. t erreichte, und ein Teil zu sehr hohen Preisen exportiert wurde, wirkte sich der Konflikt lähmend auf die wirtschaftliche Tätigkeit in den betroffenen Gebieten des Landes aus, wo die Umsätze des Einzelhandels allgemein stark zurückgingen. Abgesehen davon wirkte sich dies stark auf den Verkauf von Landmaschinen u.a. Produkten aus, die die Landwirte kauften.

Die Preise für Getreide und Ölsaat gingen im 3. Quartal stark zurück, womit der grössere Teil der Ernte zu niedrigeren Preisen verkauft wurde (und zum Teil noch gelagert ist), als es der Fall gewesen wäre, wenn im Laufe des 2. Quartals verkauft worden wäre. Das hat die rezessive Wirkung verschärft.

Abgesehen von der Landwirtschaft hat sich auch die hohe Kapitaflucht (für ganz 2008 wird mit über u$s 22 Mrd. gerechnet), die mit einer Verringerung des Arbeitskapitals der Wirtschaft und der Kredite einher geht, und zu starken Zinszunahmen führte, negativ ausgewirkt. Die Stimmung hat sich allgemein stark verschlechtert, und dies hat sich ebenfalls auf die Konjunktur niedergeschlagen. Schliesslich kam dann noch die Finanzkrise in den USA und Europa hinzu, die immer stärker in eine echte Rezession ausartet. Wie wenn das nicht genug wäre, folgte noch die Verstaatlichung der privaten Rentenkassen, die eine Schockwirkung auslöste, die weit über den konkreten Fall hinausging. Im September war die Rezession allgemein zu spüren, und im Oktober und November wurde sie in vielen Fällen zu einer Katastrophe.

Die Restaurants melden eine abrupte Verringerung der Kunden, und schätzungsweise über hundert haben allein in der Bundeshauptstadt schon geschlossen. In diesem Fall hat auch Gewerkschaftsboss Luis Barrionuevo zu dieser Entwicklung beigetragen, in dem die Löhne von Kellnern, Köchen u.a. um 32% erhöht wurden, so dass die Restaurant-Rechnungen steil in die Höhe gingen. Bei einer Krisensituation, die eine vorsichtige Verwaltung der privaten Ausgaben herbeiführt, werden Besuche bei Restaurants sofort verringert oder ganz eingestellt.

Viele andere Branchen spüren die Rezession ebenfalls sehr stark. Die Verkäufe von Automobilen und Lastwagen sind schroff gesunken, und die lokalen Fabriken haben sich auf geringere Produktion eingestellt, was sich unmittelbar auf die Zulieferanten auswirkt. Aber man merkt auch auf den Strassen von Buenos Aires eine Abnahme des Verkehrs. Offensichtlich sind viele Fahrer auf öffentliche Transportmittel übergegangen, oder sie arbeiten zu Hause (was durch die Computer-Technologie gefördert wird), wobei sie auch durch die stark gestiegenen Kosten der Parkplätze im Stadtzentrum dazu bewogen werden. Die Taxis der Stadt Buenos Aires melden eine Halbierung der Zahl der Passagiere, die sie bis vor kurzem täglich beförderten. Hier spielt auch die bedeutende Erhöhung der Tarife eine Rolle.

Dauerhafte Konsumgüter spüren die Rezession ebenfalls stark. In den letzten Jahren waren die Umsätze bei Eisschränken, Waschmaschinen, Küchen, Heizkörpern für Wasser, Fernsehgeräten u.a. elektronischen Artikeln anormal stark gestiegen. Es ist demnach normal, dass hier eine starke Abnahme einsetzt, da man davon ausgehen muss, dass der Konsum weitgehend gesättigt ist. Auch Druckerein spüren die Rezession, mit Ausnahme derjenigen, die Zeitschriften drucken, bei denen die Wirkung verspätet in Erscheinung tritt, nämlich wenn die Anzeigen abnehmen, die sehr sensibel auf die Konjunktur reagieren. Für den Sommer wird mit einer schwachen Saison in den Ferienorten gerechnet.

Bestimmte Branchen spüren die Rezession in den USA und Europa besonders stark: die Gerbereien, die das Leder vorwiegend exportieren, und auch Sägewerke im Nordosten. Das hängt in diesem Fall mit dem abrupt gesunken Häuserbau in den USA und Spanien zusammen. Die Stahlproduktion ging im Oktober zurück, als Folge einer geringeren lokalen und internationalen Nachfrage. Das ist ein weltweites Phänomen. Die Industrie rechnet mit einem weiteren Rückgang.

2009 wird die Landwirtschaft voraussichtlich nicht zur guten Konjunktur beitragen. Die Weizenernte wird zwischen 10 und 11 Mio. t liegen, gegen 16 Mio. in der Periode 1007/08, wobei auch die Preise voraussichtlich niedriger liegen werden. Das wird sich ab Februar auswirken, in Form einer geringeren Nachfrage. Da auch andere Bereiche der Landwirtschaft unter ungünstigen Bedingungen leiden, besonders die Rinderwirtschaft und die Milchwirtschaft, kann man 2009 von der Landwirtschaft keinen Konjunkturimpuls erwarten.

2009 steht unter dem Zeichen der Krise, mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes und nicht nur einer Verlangsamung des Wachstums oder einem Nullwachstum. Wie stark die Abnahme sein wird lässt sich nicht sagen; aber wir sind dieses Mal pessimistischer als die meisten Wirtschaftler, die öffentlich auftreten, und halten auch eine BIP-Abnahme von 5% für möglich.